

Inhaltsverzeichnis

Ein Jahr Rot-Rot in Brandenburg.....	3
Rot-Rote Politik in Brandenburg mit den Potenzialen eines Bundeslandes.....	5
Haushaltspolitik mit Courage und Augenmaß.....	5
Priorität Bildung.....	7
Landesregierung stellt auch in anderen Bereichen Nachwuchskräfte ein.....	8
ÖBS.....	9
Fonds für junge, innovative, kleine Unternehmen („Frühphasenfonds“).....	9
Schritte zu stabiler gesundheitlicher Versorgung für alle.....	10
Bewegungsfreiheit für Asylbewerber.....	10
Europapolitik.....	10
Arbeitnehmerfreizügigkeit.....	11
Entwicklungspolitik.....	11
Verkehr.....	11
Nachhaltigkeitsstrategie, Nachhaltigkeitsbeirat.....	11
„RENplus“ – Neue Fördermöglichkeiten für den Vorrang erneuerbarer Energien.....	12
Regionaler Erkundungsbeirat zu Fragen der CO ₂ -Speicherung.....	12
Kampf gegen Hochwasserkatastrophen.....	13
Alleenschutz.....	13
Rechtssicherheit beim Wohnen in Datschen	13
Verbraucherschutzpolitische Strategie.....	14
Polizeireform.....	14
Verkürzung der Verfahrensdauer an den Sozialgerichten – Stärkung des richterlichen Dienstes.....	14
Neubestimmung der Amts- und Arbeitsgerichte.....	15
Anpassung der Landgerichtsbezirksgrenzen an die Landkreisgrenzen.....	15
Justiz-Kooperation Brandenburg und Berlin.....	15
Resozialisierungsgesetz.....	16
Sicherungsverwahrung.....	16
Mehr Rechte für Sorben (Wenden) in Brandenburg.....	17
Wir setzten uns für Menschen mit Behinderung ein.....	17
Landespolitik in Abhängigkeit von Bund und EU –	
Brandenburg in Opposition gegen Schwarz-Gelb im Bund.....	18
Widerstand gegen die Reform von Hartz-IV.....	18
Schüler-BAföG in Gefahr.....	18
Länderfront gegen schwarz-gelbe Gesundheitsreform.....	18
Auseinandersetzungen um die Flugrouten-Planung für den BBI.....	19

Gegen Laufzeitverlängerung von AKW.....	19
Gesamtkonzept für Kyritz-Ruppiner Heide gefordert.....	20
Kritik an der Neuregelung der Sicherungsverwahrung.....	20
Doppel-Rot-Rot für mehr Patientenrechte.....	20
Bundesratsinitiative zur Sicherung bezahlbarer Mieten.....	21
Rot-Rot lehnt Gesundheitsreform ab.....	21
Privatisierung von Seen stoppen und öffentliche Zugänglichkeit sichern.....	21
Mitverantwortung des Bundes für Hochwasserschutz.....	22
Stadtumbau Ost.....	22
Christoffers ringt um EU-Zugeständnisse bei Förderung ab 2014.....	22
Biosphärenreservat Schorfheide soll zum Teil Weltnaturerbe werden.....	22
Fachministerkonferenzen.....	22

Ein Jahr Rot-Rot in Brandenburg

Vor einem Jahr bildeten in Brandenburg DIE LINKE und SPD erstmals eine rot-rote Regierungskoalition. Nach dem ersten Jahr ist die Koalition – trotz großer Herausforderungen, trotz starkem Gegenwind und trotz eigener Unzulänglichkeiten – stabil und gestärkt. Ihr Ansehen ist im Wachsen; die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit der Landesregierung ist seit dem Frühjahr laut infratest um 11 Prozent auf jetzt 48 Prozent gestiegen. Das ist ein nach brandenburgischen Maßstäben sehr hoher Wert.

Der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler für die brandenburgische LINKE ist stabil. Wenn am nächsten Sonntag ein neuer Landtag gewählt würde, käme DIE LINKE auf 26 Prozent. Das ist nach dem schwierigen Start und unter den gegebenen finanziellen Bedingungen keine Selbstverständlichkeit.

Die Koalition ist arbeits- und entscheidungsfähig. Sie hat bewiesen, dass sie krisenhafte Situationen bewältigen kann, interne Auseinandersetzung in produktive Bahnen zu führen vermag und auch unter Druck handlungsfähig ist.

Wichtige soziale Vorhaben hat die Koalition bereits im ersten Regierungsjahr angepackt und auf den Weg gebracht. Rot-Rot hat Menschen Chancen eröffnet.

Die Koalition ist ihrem Ansatz treu, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und eine bürgernahe und effektive Aufgabenerledigung durch eine ressortübergreifende Personal- und Einstellungspolitik zu gewährleisten. Die Landesregierung wird den natürlichen Rückgang bei der Zahl der öffentlich Bediensteten nicht einfach nachvollziehen, sondern so viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen, dass der Personalbestand im Jahr 2014 bei 45.500 liegt (2019: 40.000). Dafür setzen wir auf Neueinstellungen, Verjüngung und Ausbildung.

Der Koalitionsvertrag hat sich als Grundlage für das aktuelle Handeln wie für die strategische Ausrichtung des Bündnisses bewährt. Die Koalition hat es geschafft, Grundzüge für eine Strategie zu entwickeln, die auch mit weniger Geld in den öffentlichen Kassen politische Gestaltung und die Wahrnehmung sozialer Verantwortung ermöglicht. Jetzt geht es darum, diese Strategie auszugestalten, im Lande weiter zu erörtern und vor allem umzusetzen. Der Haushalt 2011 ist der Beginn.

Unser Herangehen wird von den Bürgerinnen und Bürgern geteilt. Die jüngste infratest-Umfrage hat gezeigt: Unsere Prioritäten sind auch die der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Wenn es um Einsparungen geht, sind zwei Drittel der Befragten dafür, bei Bildung, Schule und Jugendarbeit nicht zu kürzen. Dass die Polizei hinsichtlich Struktur und Personal weitgehend unangetastet bleibt, wünschen sich dagegen nur 9 Prozent.

Eine bessere Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Betroffenen anstehender Entscheidungen sind ein deutliches, linkes Markenzeichen dieser Regierung und dieser Koalition. Halbjährlich stellen wir Stand und Ergebnisse unserer Regierungspolitik landesweit der Partei wie der interessierten Öffentlichkeit auf Regionalkonferenzen

vor. Für die verbesserte Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern steht auch die gemeinsame Tour von Finanzminister und finanzpolitischem Sprecher der Fraktion zum Haushalt 2011 und der künftigen Strategie. Die Finanzstaatssekretärin und der kommunalpolitische Sprecher haben landesweit zur kommunalen Finanzausstattung Stellung genommen. Auch und gerade dann, wo sich Widerstand von Betroffenen formiert, stellen wir uns öffentlich und kontinuierlich - so wie der Wirtschaftsminister nicht nur im Energiedialog im Zusammenhang mit CCS und den Protesten potenziell Betroffener dagegen. Wir vertreten dabei nicht nur Themen der "eigenen" Häuser, sondern bekennen auch bei komplizierten Vorhaben der Regierung insgesamt - wie der Polizeireform - in den Wahlkreisen Farbe.

Die rot-rote Koalition baut auf dem auf, was in Brandenburg in den vergangenen 20 Jahren erreicht wurde. Sie will es erhalten, mehr und weiter entwickeln, damit für alle Bürgerinnen und Bürger ein gutes Leben im Lande möglich ist. Zugleich setzt sie sich kritisch mit den Entwicklungen der zurückliegenden zwei Jahrzehnte auseinander.

In der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ und darüber hinaus stellt sie sich einerseits der Frage, wie der Weg Brandenburgs und der LINKEN bei der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte zu bewerten ist, was er gebracht hat und was möglicherweise vernachlässigt wurde. Andererseits rückt sie selbst die Frage nach Leistungen und Defiziten der gesellschaftlichen Transformationsprozesse der letzten beiden Jahrzehnte ins Zentrum und welche Schlussfolgerungen daraus für die heutige und künftige Landespolitik abzuleiten sind.

Im Untersuchungsausschuss zur BBG- und Immobilienaffäre setzen wir uns für die rückhaltlose Aufklärung aller in Rede stehenden Sachverhalte ein. Die bis zur Einsetzung des Ausschusses bekannt gewordenen Vorgänge gaben allerdings keinen Anlass, der jetzigen Regierung rechtswidriges Verhalten oder Schädigung der Interessen Landes zu attestieren. Schon der Bodenreform-Untersuchungsausschuss hatte allerdings festgestellt, dass es in der Landesverwaltung eine gewisse Verselbstständigung von Strukturen gegeben hat. Wir werden prüfen, ob sich dieser Befund wiederholt – und dann auch Schlussfolgerungen ziehen.

Im November 2009 hatte die EU-Kommission Fehler bei der Abrechnung von Fördermitteln bei der Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA) festgestellt. Daraufhin hatte Brandenburg keine Zahlungsanträge mehr gestellt. Die Fehler und die Datensätze sind mittlerweile korrigiert und werden derzeit von der Prüfbehörde im Finanzministerium und der Bescheinigungsbehörde im Sozialministerium abschließend geprüft. Wenn diese Prüfungen zu einem guten Ergebnis führen, wird die Kommission sich für eine zügige Wiederaufnahme der Erstattungen einsetzen. Das bedeutet, dass Brandenburg nach jetzigem Kenntnisstand keine Gelder des Europäischen Sozialfonds (ESF) verloren gehen, aber diese Mittel erst im nächsten Jahr erhalten kann.

Auf allen Politikfeldern gehen wir aktiv gegen Fehlentwicklungen der Bundespolitik vor. Brandenburg schickt keine Polizistinnen und Polizisten mehr nach Afghanistan. Gemeinsam mit Berlin haben wir eine Bundesratsinitiative für Steuergerechtigkeit eingebracht; ebenso wenden wir uns im Bundesrat gegen die schwarz-gelbe Gesundheitsreform und gegen die Hartz-IV-Politik der Regierung Merkel. Auch mit der Ablehnung im Bundesrat sind diese Anliegen für uns und die Koalition nicht erledigt.

Unser Anspruch ist eine soziale Modernisierung unseres Landes. Dafür setzen wir alle Hebel in Gang, die die Landespolitik uns bietet. Dafür nutzen wir alle Möglichkeiten, die Bund und EU bereitstellen. Und dafür suchen wir auch den Konflikt zur Bundes- und EU-Politik, wo dies notwendig ist.

Rot-Rote Politik in Brandenburg mit den Potenzialen eines Bundeslandes

Haushaltspolitik mit Courage und Augenmaß

Brandenburg ist ein Land mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit, verbreiteter Armut, einer kleinteiligen, eigenkapitalschwachen Wirtschaftsstruktur, erheblichen demografischen Problemen und starken regionalen Disparitäten. Eine selbsttragende Entwicklung ist bislang nicht erreicht worden, der Landeshaushalt wird nur zu rund der Hälfte aus dem eigenen Steueraufkommen gedeckt. Die Sonderzahlungen des Bundes und die Fördermittel der EU werden in dieser Legislaturperiode deutlich zurückgehen, der Solidarpakt bis 2019 völlig auslaufen. Jeder fünfte Euro, den wir jetzt noch einplanen können, wird infolgedessen am Ende des Jahrzehnts nicht mehr zur Verfügung stehen; der Gesamtumfang des brandenburgischen Landeshaushaltes wird am Ende um fast 1,7 Milliarden Euro unter dem heutigen Niveau liegen.

Zugleich ist die Verschuldung des Landes sehr, sehr hoch: mehr als 720 Millionen Euro Kapitaldienst pro Jahr – noch dazu bei steigender Tendenz: das ist dauerhaft nicht zu verkraften.

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise führen zu weiteren Einschnitten; das Sparpaket und der ganze Kurs der schwarz-gelben Bundesregierung verschärfen diese Entwicklung noch. Die CDU-geführten Geberländer versuchen erneut, Hand an den Länderfinanzausgleich und die solidarischen Grundlagen des Föderalismus zu legen.

Mit dem Haushalt 2011 unternimmt Rot-Rot in Brandenburg den ersten großen Schritt, um sich den neuartigen Herausforderungen zu stellen: soziale Verantwortung – gepaart mit sozialer Modernisierung – bei geringer werdenden finanziellen Mitteln.

Die Strategie „Soziale Verantwortung für Brandenburg mit weniger Geld“, ist gemeinsam mit dem Koalitionspartner – auf politischer und Arbeitsebene – entwickelt und abgestimmt präsentiert worden. Vorarbeiten über mehrere Monate wurden zu einem tragfähigen, gemeinsamen Ergebnis geführt, in dem DIE LINKE klare Akzente setzt.

Grundelemente dieser Strategie sind:

- Rot-Rot schafft Sicherheit in schweren Zeiten. Wir wollen und werden in diesen Zeiten auch weiterhin Entscheidungen treffen, die eine verlässliche und erträgliche Basis für

die Veränderungen bieten. Wir werden sie transparent machen und erläutern, wir werden um Zustimmung ringen und auch selber dabei lernen.

- Was die Koalition beschlossen hat, hat Bestand. Aus guten Gründen hat die Koalition wichtige soziale Vorhaben bereits im ersten Regierungsjahr angepackt und auf den Weg gebracht – von der Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer und Kita-Mitarbeiterinnen bis zum Schüler-BAföG und dem Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). An den zentralen Weichenstellungen von Rot-Rot wird es aus landespolitischen Gründen keinerlei Abstriche geben!
- Die Bereiche Bildung, Soziales, Wissenschaft – die Markenzeichen von Rot-Rot – werden weiter deutlich als Prioritäten erkennbar sein. Jeder Euro, der hier hinfließt, ist eine wichtige Investition in Gegenwart und Zukunft. Das ist unsere feste Überzeugung.
- Wir streichen nicht bei sozialen Leistungsgesetzen, wir streichen nicht Leistungen wie das Blindengeld, sondern setzen bei der vergleichsweise hohen Investitionsquote unseres Landes an. Sie liegt derzeit bei 18,2 Prozent – zum Vergleich: in Bayern sind es knapp 12 Prozent. Es bleibt unser Vorsatz – und wir werden täglich darum kämpfen: Wir sparen nicht auf Kosten der Zukunft; Substanz - bzw. Werterhaltung werden gewährleistet. Brandenburgs mittlerweile moderne Infrastruktur erlaubt es, die verminderten Investitionsmittel zielgerichtet zu konzentrieren.
- Bei der Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln haben jene Programme Priorität, die die höchste Hebelwirkung und Effizienz haben. Je mehr Mittel wir mit einem Euro Landesgeld mobilisieren können, desto sinnvoller ist es, daran festzuhalten.
- Bei der Wirtschaftsförderung setzen wir verstärkt auf revolvingende Fonds. Die Zuschussförderung wird dabei auf eine Darlehensförderung für Unternehmen umgestellt.
- Für die Kommunen sorgen wir durch die Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes für so viel Stabilität wie möglich. Wir verbessern die Bedingungen für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und fördern die interkommunale Kooperation.
- Strengste Haushaltsdisziplin und die mittelfristig deutliche Absenkung der Nettoneuverschuldung prägen die rot-rote Politik in Brandenburg - eine Politik, die sich mit der hohen Überschuldung des Landes nicht abfindet.

Haushaltspolitik ist für uns aber nicht nur der intelligente Umgang mit weniger Geld – sie beinhaltet auch Einnahmeverbesserungen, wo dies möglich ist, sowie einen solidarischen Umgang mit den Ressourcen:

- So will Brandenburg zum 1. Januar 2011 einerseits die bundesweit höchste Grunderwerbssteuer einführen. Der Steuersatz soll von 3,5 auf 5 Prozent angehoben werden. Das Land erwartet dadurch gut 30 Millionen Euro Mehreinnahmen. Wer ein

Grundstück für 100 000 Euro kauft, wird dadurch mit 1 500 Euro mehr an Grunderwerbsteuer belastet.

- Auf der anderen Seite steht Solidarität mit finanzschwachen Kommunen. In Brandenburg werden ab 2011 einkommensstarke Kommunen erstmals Abgaben für finanzschwache Gemeinden leisten. Im Finanzausgleichgesetz sind 18 Kommunen aufgeführt, die die sogenannte Reichensteuer in Höhe von insgesamt 30 Millionen Euro zahlen sollen.

Strengste Haushaltsdisziplin ist für uns kein bloßes Lippenbekenntnis ohne Folgen. So hat Finanzminister Helmuth Markov im Mai haushaltswirtschaftliche Beschränkungen erlassen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes sicherzustellen. Diese Beschränkungen konnten mittlerweile wieder aufgehoben werden.

Mit den haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen wurden neue, flexible Instrumente eingeführt und erprobt – was mit Missverständnissen, vor allem aber Lernprozessen einherging. Mit der haushaltswirtschaftlichen Beschränkung wurde eine Neuerung eingeführt, die im Unterschied zur traditionellen Haushaltssperre und zur „Globalen Minderausgabe“ Haushaltsdisziplin bei höchstmöglicher Flexibilität sichert – unter Beachtung der Budgethoheit der Ministerien; sie ermöglicht fachgerechte Entscheidungen durch die fachlich Zuständigen.

Bei der Bewältigung einer so großen haushaltswirtschaftlichen Herausforderung, wie sie Brandenburg betrifft, sind allerdings auch schmerzliche Einschnitte nicht auszuschließen. So erhalten die Beamten in der Brandenburger Landesverwaltung vorerst kein Weihnachtsgeld mehr. Die zehn Millionen Euro, die im Haushaltsentwurf für das Weihnachtsgeld vorgesehen waren, sollen nun unter anderem für weitere Tarifierpassungen aufgewendet werden.

Priorität Bildung

Mit fast 400 neuen Lehrern hat das neue Schuljahr in Brandenburg begonnen. 391 neue Pädagogen waren fest gebunden worden, im Laufe des Schuljahres werden noch weitere 50 Lehrer eingestellt. Sie ersetzen Kollegen, die in den Ruhestand oder in die Altersteilzeit gehen. Damit wird der von der Vorgängerregierung vorgesehene Personalabbau im Bildungssektor aufgehalten. Für die gesamte Legislaturperiode ist die Einstellung von 1250 neuen Lehrerinnen und Lehrern vorgesehen. Wir werden für die gesamte Legislaturperiode einer Schüler-Lehrer-Relation von 1 : 15,4 sicherstellen; damit gehört Brandenburg in Deutschland schon jetzt zu den Ländern mit der besten Ausstattung .

Von den Neueinstellungen profitieren alle Regionen Brandenburgs. Fast 70 der neuen Lehrkräfte haben eine sonderpädagogische Befähigung.

Mit dem neuen Kita-Gesetz hat Rot-Rot in Brandenburg das Betreuungsverhältnis für bis zu dreijährige Kinder von jetzt 1:7 auf 1:6 und für die über Dreijährigen von 1:13 auf 1:12 verbessert. Dafür werden im Haushalt mehr als 13 Millionen Euro und ab 2011 zusätzliche

36 Millionen Euro bereitgestellt. Außerdem sollen bis zu 1000 neue Kita-Erzieherinnen eingestellt werden können, die das Land den Kommunen finanziert.

Im neuen Schuljahr zahlt Brandenburg als einziges Bundesland erstmals ein Schüler-BAföG für Abiturienten aus einkommensschwachen Familien. Im Einführungsjahr kommen zunächst Elfklässler in den Genuss der Förderung. Sie erhalten auf Antrag und je nach Einkommenssituation der Eltern 50 oder 100 Euro im Monat, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Das Geld sollen die Schüler für Exkursionen, Lernmaterial oder Technik wie Laptops einsetzen. 1376 Schüler hatten bereits bis Ende September finanzielle Unterstützung beantragt.

Die Proteste zahlreicher Studierender Ende 2009 waren für die rot-rote Koalition Anlass, wichtige Forderungen der Studierenden aufzunehmen und in einer Hochschulgesetz-novelle umzusetzen. Drei zentrale Forderungen – der verbesserte Übergang vom Bachelor zum Master, die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums und die Anerkennung von Studienleistungen an anderen Hochschulen oder europäischen Ländern – greift das Gesetz auf.

SPD und LINKE haben mit einem Entschließungsantrag im Landtag das Anliegen der Volksinitiative „Musische Bildung für alle“ aufgegriffen, die hohe Qualität der musikalischen Erziehung an Musikschulen zu sichern und fortzuentwickeln und den Kreis der davon profitierenden Kinder und Jugendlichen kontinuierlich zu erweitern. Auf der Grundlage einer Evaluation der Arbeit der Musikschulen bis Ende 2010 soll das Musikschulgesetz novelliert werden. Vor allem sollen mit einer zusätzlichen Landesförderung in Höhe von 1,3 Mio. Euro die sozialen Aspekte der Musikschularbeit betont und entsprechende Projekte wie die musisch-künstlerische Ausbildung für sozial benachteiligte Kinder sowie der Ensembleunterricht und die Talentförderung an den Musikschulen verbessert werden. Diese Mittel sind trotz der überaus angespannten Haushaltssituation zusätzlich in den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur eingestellt worden, ohne dass andere Kulturprojekte darunter leiden mussten.

Landesregierung stellt auch in anderen Bereichen Nachwuchskräfte ein

Die Brandenburger Verwaltungen haben für 170 Nachwuchskräfte neue Planstellen erhalten. Nach drei Jahren sollen die jungen Leute auf freiwerdende Stellen umgesetzt werden.

Auf Antrag beider Koalitionsfraktionen hat der Landtag zudem beschlossen, die Potenziale zur Fachkräftesicherung in Brandenburg besser zu nutzen.

ÖBS

Mit dem Start des Programms „Arbeit für Brandenburg“ ist der Einstieg in den ÖBS geschafft; die Landesmittel sind gesichert. Von 1.200 haushaltsseitig möglichen Stellen für dieses Jahr waren Ende September 745 beantragt. Das ist angesichts der knappen Vorlaufzeit ein gelungener Start. Das Programm wird von Betroffenen wie von Kommunen angenommen und gewollt – entgegen aller Kritik der Opposition.

Durch das im Juli gestartete Programm sollen Langzeitarbeitslose im gemeinnützigen Bereich Arbeit finden. Geplant ist, bis zum Jahr 2014 insgesamt 6 500 Stellen zu schaffen. Das Land stellt dafür 40 Millionen Euro zur Verfügung, für jede Stelle monatlich 250 Euro. Weitere Mittel kommen von Bund und Kommunen. Die Beschäftigung soll bis zu zwei Jahre dauern. Bei einem Übergang in die Rente sind auch drei Jahre möglich. Der Stundenlohn beträgt mindestens 7,50 Euro.

Das größte Umsetzungsproblem ist die Politik von Schwarz-gelb. Die Mittel für Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung (Eingliederungstitel) reichen schon in diesem Jahr nicht aus. Noch drastischere Einschnitte sind vorgesehen.

Fonds für junge, innovative, kleine Unternehmen („Frühphasenfonds“)

Der Fonds mit einem Volumen von 20 Mio. EUR wurde von der InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg (MWE) konzipiert und errichtet. Junge, innovative und kleine Unternehmen können mit dem neuen Risikokapitalfonds ihr Eigenkapital ergänzen. Damit ist es den Firmen möglich, Unternehmensstrukturen aufzubauen bzw. zu festigen.

Vorgesehen sind Beteiligungen an Kapitalgesellschaften von insgesamt bis zu 1 Mio. Euro je Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in Brandenburg.

Bisher gibt es über 130 Anfragen. Die ersten beiden Investments sind getätigt – in die Entwicklung einer innovativen Internet-Suchmaschine und in Analysedienstleistungen für die Nahrungsmittelindustrie. In den nächsten Jahren will der Fonds 20-30 potenzialträchtige Unternehmen in Brandenburg finanzieren.

Besonders wichtig ist, dass die Fondserträge nach Ablauf des Investments erneut zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in Brandenburg verwendet werden können. Der Frühphasenfonds ist damit eines von zwei Modellprojekten, mit denen diese Art der Finanzierung („revolvierende Fonds“) erprobt wird. Das Volumen beträgt insgesamt 50 Mio. EUR.

Das zweite Vorhaben ist ein Mikrokreditprogramm in Zusammenarbeit mit der KfW. Maximale Höhe pro Kreditnehmer 50.000 EUR. Dies soll Kleinunternehmern zugute kommen.

Schritte zu stabiler gesundheitlicher Versorgung für alle

Eine der größten Herausforderungen liegt in der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in den ländlichen Räumen. Wir setzen dabei u. a. auf die stärkere Vernetzung der fachärztlichen Kompetenz unter Einbeziehung der Krankenhäuser, die Verbesserung der hausärztlichen Versorgung und auch die Nutzung telemedizinischer Verfahren.

Die eine Lösung gibt es aber nicht, sondern es sind vielfältige Maßnahmen notwendig. So läuft eine Informations- und Imagekampagne zur Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten, insbesondere von Hausärzten. Mit der Internetseite www.hausarzt-in-brandenburg.de gibt es ein Portal, das Allgemeinmediziner und Allgemeinmedizinerinnen, Ärzte und Ärztinnen in Weiterbildung und Studierende der Medizin über die beruflichen Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten in Brandenburg informiert. Brandenburg besitzt keine eigene medizinische Fakultät, aber elf Akademische Lehrkrankenhäuser der Charité Berlin. Vertreter der Lehrkrankenhäuser präsentieren sich zu Beginn eines jeden Semesters, damit sich die Berliner Studierenden informieren können. Dieses Angebot wird rege genutzt. Im August konnte das auch mit Landesmitteln geförderte Telemedizin-Zentrum in Cottbus gegründet werden, in dem unter anderem die Charité Berlin und Brandenburger Kliniken zusammenarbeiten.

Bewegungsfreiheit für Asylbewerber

Asylbewerber mit einer Aufenthaltsgenehmigung können sich innerhalb von Brandenburg nunmehr ohne Erlaubnis der Ausländerbehörden frei bewegen. Eine entsprechende Verordnung hat das rot-rote Kabinett verabschiedet. Nach Inkrafttreten der neuen Regelung sollen gemeinsam mit Berlin die Reisemöglichkeiten von Asylbewerbern und Geduldeten in das jeweilige Nachbarland per Erlass erleichtert werden.

Europapolitik

Die Koalitionsfraktionen haben mit ihrem Antrag „Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen an Oder und Neiße in Partnerschaft und Gleichberechtigung gestalten“ im Landtag deutliche Zeichen für neue europapolitische Ansätze gezeigt. Sie wurden in der Aktuellen Stunde auf Antrag der LINKEN „Gemeinsam die Zukunft gestalten Brandenburgs Beitrag zum Gelingen der Oderpartnerschaft“ vertieft.

Die Linksfraktion wirkte an der Gründung einer deutsch-polnischen Parlamentariergruppe mit. Vertreter der Fraktion trafen sich mit den Spitzen der SLD der Woiwodschaft und der Fraktion der Linken im Sejmik von Lubuskie.

Auf Initiative der Linken fand im September die zweite Beratung des Europaausschusses des Landtages und des Ausschusses für Zusammenarbeit mit dem Ausland und Entwicklung der Woiwodschaft des Sejmik der Nachbarwoiwodschaft Lubuskie statt, in dessen Ergebnis Vereinbarungen zur Abstimmung der Förderpolitik ab 2014 sowie für den Bereich der Verkehrsinfrastruktur und Raumordnung" getroffen wurden.

Engagiert nahm sich die LINKE auch des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung an, um deutlich zu machen: LINKE für Armutsbekämpfung auf europäischer Ebene (Fortschrittsklausel) und auf regionaler/nationaler Ebene (Vorhaben im Koalitionsvertrag).

Arbeitnehmerfreizügigkeit

Die Vorbereitung auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 beschäftigt Landesregierung und Landtag. SPD und DIE LINKE fordern wirksame Schritte hin zu einem gemeinsamen deutsch-polnischen Arbeitsmarkt an Oder und Neiße. Die Politik soll Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen, zugleich aber deutlich machen, welche Chancen sich gerade für unser Land durch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit bieten.

Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik ist mit der rot-roten Koalitionsvereinbarung wieder ein landespolitisches Thema geworden. Im Landeshaushalt gab es erstmals seit 2002 wieder einen Titel für entwicklungspolitische Projektförderung. Gegenwärtig bemüht sich DIE LINKE, gemeinsam mit Akteuren aus den NGOs, die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung aus dem Jahre 1999 den Anforderungen des Jahres 2010 ff. anzupassen.

Verkehr

Das Mobilitätsticket konnte mit Verbesserungen weitergeführt werden – wenn auch nicht mit der zusätzlichen Vergünstigung von Einzelfahrscheinen.

Die Landkreise und kreisfreien Städten erhalten Unterstützung zur elternbeitragsfreien Schülerbeförderung bei Kindern, deren Eltern von SBB II betroffen sind

Bei Ausschreibungen des Landes für Eisenbahnstrecken ist es gelungen, die Einhaltung der Tarife und Tariftreue für Beschäftigte im SPNV zu gewährleisten.

Gemeinsam mit dem Land Berlin hat sich Brandenburg für eine reibungslose und vertragsgemäße Gestaltung des S-Bahnverkehrs eingesetzt, um damit im S-Bahn-Chaos zur Wiederherstellung des Normalbetriebes beizutragen.

Die Förderung von Radverkehr und Radtourismus als wichtige verkehrs- und wirtschaftspolitische Aufgaben ist konzeptionell auf den Weg gebracht.

Nachhaltigkeitsstrategie, Nachhaltigkeitsbeirat

Es ist uns gelungen, im ersten Jahr den Gedanken der Nachhaltigkeit neu zu beleben. Ein Beirat wurde berufen, der Eckpunkte für eine Nachhaltigkeitsstrategie für das Land formuliert hat.

Natur- und Umweltschutz sind keine Themen, die innerhalb der Landesregierung nur exklusiv dem Umweltministerium zuzuordnen sind. Wir verstehen uns als Partner eines

ressortübergreifenden Natur- und Umweltschutzes und setzen dabei auf eine enge Kooperation zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, zum Beispiel im Rahmen der Umweltpartnerschaft.

„RENplus“ – Neue Fördermöglichkeiten für den Vorrang erneuerbarer Energien

Der verstärkte Einsatz Erneuerbarer Energien, höhere Energieeffizienz und Versorgungssicherheit sind zentrale Ziele der Brandenburger Energiepolitik. Vorhaben, die nachhaltig dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen, kann das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten jetzt über die InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) im Rahmen der Richtlinie RENplus fördern. Im Jahr 2010 stehen rund 9 Millionen Euro in diesem Programm zur Verfügung. Finanziert wird RENplus zu 25% aus Landesmitteln und zu 75% aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE).

Um die Vorfahrt für Erneuerbare Energien auszubauen und die Energieeffizienz weiter zu erhöhen, wurde auch der Kreis der Berechtigten für Fördermittel erweitert. So sind bei RENplus nun alle Unternehmen unabhängig von ihrer Größe antragsberechtigt. Die frühere Begrenzung auf kleine und mittlere Unternehmen wurde aufgehoben. Zuschüsse gibt es beispielsweise für Anlagen zur Energierückgewinnung und Wärmepumpen.

Aus dem neuen Programm können nicht nur Investitionen, sondern auch die dazu notwendigen begleitenden Maßnahmen wie Planung, Durchführungsmanagement, Ergebnisevaluation oder Energiekonzepte und Studien gefördert werden.

Für Unternehmen beträgt der Fördersatz bis zu 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, bei juristischen Personen des öffentlichen Rechtes wie Gebietskörperschaften und Kommunen bis zu 75 %. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass der finanzielle Spielraum der brandenburgischen Gemeinden vielfach sehr eng ist.

Regionaler Erkundungsbeirat zu Fragen der CO₂-Speicherung

Die Koalition hält die Braunkohle-Verstromung nur noch als „Brückentechnologie“ in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien für nötig – und auch das nur unter der Bedingung einer drastischen Verminderung des CO₂-Ausstoßes. Vor diesem Hintergrund werden in Brandenburg Möglichkeiten zur Abscheidung und unterirdischen Lagerung von CO₂ erforscht und getestet (CCS). Erkundungsarbeiten in Ostbrandenburg sollen dazu dienen, offene Fragen der CO₂-Speicherung zu klären und herauszufinden, ob dort eine langzeit-sichere Speicherung von CO₂ möglich ist. Offene Fragen und mangelhafte Information sorgen für Verunsicherung und Ablehnung.

Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers hat deshalb einen „Regionalen Erkundungsbeirat Ostbrandenburg“ berufen. Vertreterinnen und Vertreter der Landkreise und Kreistage Märkisch-Oderland und Oder-Spree, der anerkannten Naturschutzverbände, der Industrie- und Handelskammer, der Evangelischen Kirche, des Vattenfall-Europe-Konzerns, der Kommunen in den Erkundungsregionen, der Kreisbauernverbände und der Bürgerinitiativen sowie des GeoForschungszentrums, des Landesamtes für

Bergbau, Geologie und Rohstoffe und des Wirtschafts- und Europaministeriums nehmen an den Zusammenkünften teil.

Der Erkundungsbeirat ist ein Angebot an die Region, alle offenen Fragen des Erkundungsverfahrens sowie die Erkundungsergebnisse zeitnah und öffentlich zu diskutieren, auszuwerten und hinterfragen zu können.

Kampf gegen Hochwasserkatastrophen

Extreme Niederschläge haben in diesem Jahr dazu geführt, dass Oder, Neiße, Spree und Schwarze Elster zu Hochwasserkatastrophen führten, hinzu kam noch das Binnenhochwasser an der Oder. Das macht deutlich: Hochwasserschutz und Hochwasserrisikomanagement sind eine unverzichtbare Aufgabe zum Schutz der Bevölkerung.

Gegenwärtig bereiten wir eine Kabinettsvorlage vor, die sich mit der weiteren Verbesserung des Hochwasserschutzes beschäftigt. Unser Ansatz ist, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben.

in einem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Hochwasser (Juli 2010) wurde besonders die Bedeutung der länderübergreifenden und internationalen Zusammenarbeit im Hochwasserschutz betont. Die Landesregierung wurde beauftragt, einen Retentionsraum an der Oder in der Neuzeller Niederung einzurichten, die Schaffung weiterer Retentionsräume zu prüfen und Überschwemmungsgebiete auszuweisen. Die Hochwasserrisikomanagementpläne sollen zügig erarbeitet werden.

Alleenschutz

Im November 2010 griffen die Koalitionsfraktionen die Anliegen der Volksinitiative "Rettet Brandenburgs Alleen" auf und brachten einen Antrag ein, der auf die Evaluierung der Alleenkonzepktion des Landes mit dem Ziel hinausläuft, mehr Bäume als bislang geplant zu pflanzen und dafür nach zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. So kann den Anforderungen des Alleenschutzes trotz der angespannten Haushaltssituation des Landes Rechnung getragen und die Alleen für die Zukunft gesichert werden.

Rechtssicherheit beim Wohnen in Datschen

Rot-Rot hat den Streit um dauerhaftes Wohnrecht in Datschen entschärft. Wir haben erreicht, dass der geltende Runderlass überarbeitet wurde: Gemeinsam mit einem „Hinweisschreiben“ der Oberen Bauaufsicht regelt er nun unter anderem, wann ein dauerhaftes Wohnen in Datschen geduldet werden kann. Hier soll künftig im Einzelfall entschieden werden.

Wer seit zehn Jahren auf den Wochenendgrundstücken lebt, kann danach für weitere drei Jahre geduldet werden. Bei den über 70-Jährigen solle dies bis zum Lebensende gelten, ebenso bei Menschen mit schweren Erkrankungen. Hintergrund für den Erlass sind zahlreiche Konflikte in den Kommunen um die Dauernutzung von Kleingärten. Laut Gesetz ist es nicht gestattet, ganzjährig in der Datsche zu wohnen. Wenn Fälle bekannt werden,

gehen Kommunen vielfach mit Nutzungsuntersagungen und auch Klagen dagegen vor. Das soll sich nun ändern.

Verbraucherschutzpolitische Strategie

Die Landesregierung wurde im Juni 2010 vom Landtag beauftragt, bis Ende 2011 eine umfassende verbraucherchutzpolitische Strategie vorzulegen. Im Oktober gab es dazu Eckpunkte der Landesregierung, die im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz diskutiert wurden und auf deren Grundlage jetzt eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit eingeleitet wird. Damit wird eine wichtige Grundlage für den Verbraucherschutz in Brandenburg gelegt.

Polizeireform

Die Polizeireform ist eines der umstrittensten Vorhaben der rot-roten Landespolitik in Brandenburg. Nach den bisher geltenden Eckpunkten soll die Zahl der Stellen von derzeit 8.900 auf 7.000 im Jahr 2020 sinken. Zudem wird es künftig nur noch ein Landespolizeipräsidium geben. Die bisherigen 15 Schutzbereiche werden zu vier Polizeidirektionen zusammengefasst, die Zahl der 50 Wachen auf mindestens 15 reduziert. Begründet wird das Vorhaben vom Innenministerium mit der sinkenden Bevölkerungszahl und Sparzwängen. Zudem sei die registrierte Kriminalität im Land von 1996 bis 2009 um rund ein Drittel zurückgegangen. Einigkeit besteht darin, dass eine wahrnehmbare Polizeipräsenz erhalten bleiben muss. Die Polizei soll auch in Zukunft bürgernah arbeiten können, in der Fläche präsent sein und die Interventionszeiten gleichhalten.

Eine Expertenkommission hatte die Reform ein halbes Jahr lang vorbereitet.

Der neue Innenminister Dietmar Woidke (SPD) führt derzeit zahlreiche Gespräche zur geplanten Polizeireform im ganzen Land. Woidkes wichtigste Botschaft, die bei Beamten, Personalräten und Gewerkschaftern ankommt: "Wir sind für Argumente offen". Gewerkschafter sehen inzwischen "Spielräume" bei den Details der Polizeireform. Besonders bei den Wachen. Alternativen suche man besonders für die Grenzregion zu Polen. Auch mehr Wachen für die Grenzregion sind dem Vernehmen nach im Gespräch.

Die LINKE hat eine eigene Arbeitsgruppe zur Polizeireform eingesetzt. Sie soll die Vorschläge aus der Partei bündeln und für unsere Parlaments- und Regierungsarbeit zur Verfügung stellen. Darüber hinaus wird die AG die Reform in den nächsten Jahren begleiten, also die Umsetzungsschritte.

Verkürzung der Verfahrensdauer an den Sozialgerichten – Stärkung des richterlichen Dienstes

Als erste Maßnahme, um die Verfahrensdauer an den Sozialgerichten zu verkürzen, wurden bereits bis Ende Dezember 2009 28 Stellen des mittleren Dienstes an den Sozialgerichten des Landes Brandenburg entfristet oder externe Neueinstellungen vorgenommen. Es wurden darüber hinaus Neueinstellungen von jungen, hervorragend ausgebildeten und motivierten Proberichtern bewirkt. Insgesamt konnten so im Haushaltsjahr

2010 27 neue Planstellen für Richterinnen und Richter geschaffen werden. Der richterliche Dienst wurde damit – über die Vorgaben des Koalitionsvertrages hinaus – dauerhaft gestärkt.

Neubestimmung der Amts- und Arbeitsgerichte

Im Gegensatz zu Planungen der Vorgängerregierung sollen nur einige wenige Änderungen vorgenommen und Gerichtsstandorte möglichst erhalten werden. Nach einem Jahr Regierungskoalition von SPD und der LINKEN in Brandenburg steht fest, dass durch den Erhalt der Gerichtsstandorte, selbst als Neben- oder Außenstellen, auch zukünftig eine flexible und bürgernahe Justiz in einem Flächenland wie Brandenburg gewährleistet wird.

Anpassung der Landgerichtsbezirksgrenzen an die Landkreisgrenzen

Im Zuge der angestrebten Polizeistrukturereform wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Landgerichtsbezirksgrenzen an die Landkreisgrenzen anzupassen. Damit setzt der Justizminister einen lang gehegten Wunsch der Staatsanwaltschaft um, womit positive Effekte für die Justiz, vor allem im Bereich Kriminalitätsbekämpfung, und bei der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft, erzielt werden.

Zudem wird so ein ausgewogenes Verhältnis bei der Größe der Landgerichtsbezirke erreicht werden, womit der Bestand der Landgerichte und Staatsanwaltschaften langfristig gesichert sein sollte.

Justiz-Kooperation Brandenburg und Berlin

Die Kooperation der Brandenburger Justiz mit Berlin wird weiter ausgebaut. So werden u.a. die OLG-Staatsschutzsachen des Landes Brandenburg, gemeinsam mit denen des Landes Sachsen-Anhalt, beim Kammergericht Berlin konzentriert. Damit geht eine Kernzuständigkeit eines Bundeslandes auf ein anderes Bundesland über.

Die gute Zusammenarbeit mit dem Land Berlin spiegelt sich auch in der Abstimmung zu einem möglichst gleichlautenden Richterrecht wider. Es bleibt hier bei unterschiedlichen Landesgesetzen, über die beide Länder in den verfassungsmäßig vorgesehen Verfahren entscheiden. Das Projekt schließt aber sowohl die Neufassung des jeweiligen Richtergesetzes, eine Änderung der Landesverfassungen sowie eine Anpassung des Staatsvertrages zur Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte ein. Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE) setzte dazu eine Projektgruppe „Richterliche Selbstverwaltung“ ein, die intensiv gearbeitet und eigene Vorschläge zu dem Gesetzentwurf unterbreitet hat. Nach der erforderlichen Endabstimmung und der notwendigen Beteiligung der Verbände sollen die Gesetzentwürfe möglichst noch in diesem Jahr den Parlamenten zugeleitet werden.

Resozialisierungsgesetz

Mit diesem in der Bundesrepublik wohl einmaligen Vorhaben widmet sich die Landesregierung einem Thema, das in Brandenburg Verfassungsauftrag ist. Ein wesentlicher Grund für die hohen Rückfallraten ist der abrupte Übergang vom Strafvollzug in die Freiheit. Derzeit fehlen verbindliche konkrete Regelungen für die Wiedereingliederung Strafgefangener in die Gesellschaft und zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit des Strafvollzuges mit den Sozialen Diensten der Justiz und freien Trägern. Im Juli 2010 wurde mit der Erarbeitung eines möglichen Resozialisierungsgesetzes begonnen und eine hochkarätige besetzte Arbeitsgruppe von Experten aus Wissenschaft, Praxis und dem Justizministerium eingesetzt.

Ziel eines möglichen Resozialisierungsgesetzes für das Land Brandenburg ist es, vorhandene Strukturen zu optimieren, um so die Wiedereingliederung von entlassenen Strafgefangenen in die Gesellschaft zu verbessern. Insbesondere muss die Zusammenarbeit zwischen stationären und ambulanten Diensten optimiert werden. Ebenso sollen die Resozialisierungsbedingungen von entlassenen Strafgefangenen verbessert werden.

Die ersten Ergebnisse sollen im Februar 2011 vorliegen.

Das Ministerium der Justiz arbeitet auch an einem modernisierten Strafvollzugskonzept.

Sicherungsverwahrung

Augrund eines Urteils des EGMR vom 17. Dezember 2009 ist in der Bundesrepublik die sogenannte Sicherungsverwahrung zu reformieren.

Bereits im Frühjahr des Jahres 2010 hat der Justizminister Dr. Schöneburg mit seiner Berliner Kollegin die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe initiiert. Unter Beteiligung erfahrener forensischer Psychiater werden Eckpunkte für die Gestaltung der Unterbringung und der Behandlung Sicherungsverwahrter entwickelt.

Ziel des Justizministers ist es, dass unter strenger Beachtung der Vorgaben des EGMR Lösungsmodelle entwickelt werden, die auf Therapie und nicht auf das Wegschließen von Straftätern setzen. Gleichwohl sollen für nicht therapierbare oder therapierunwillige Gefangene solche Bedingungen geschaffen werden, dass nach innen eine größtmögliche Freiheit, nach außen jedoch eine größtmögliche Sicherheit für die Bevölkerung gewährleistet wird. Dem Charakter und die Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung als Maßregel der Besserung und Sicherung wird unbedingt Rechnung getragen werden.

Gegenstand der Überlegungen ist auch die Unterbringung der Sicherungsverwahrten beider Länder in einer oder mehrerer gemeinsamer Einrichtungen.

Die ersten Eckpunkte der gemeinsamen Arbeitsgruppe werden Ende des Jahres vorliegen.

Mehr Rechte für Sorben (Wenden) in Brandenburg

Wir haben erreicht, dass der Vorsitzende des Rates für sorbische (wendische) Angelegenheiten mindestens einmal im Jahr vor dem Landtag zu Problemen und Erwartungen der Sorben (Wenden) vor dem Landtag Stellung nehmen kann. Weiterhin wurde neu ein Anhörungsrecht des Rates für sorbische (wendische) Angelegenheiten eingeführt. Berühren also Beratungsgegenstände die Rechte der Sorben (Wenden) hat der Rat das Recht, in den zuständigen Fachausschüssen angehört zu werden.

Damit haben wir langjährige Forderungen des Rates für sorbische (wendische) Angelegenheiten erfüllt und realisieren, dass die Interessen des sorbisch (wendischen) Volkes auf Landesebene frühzeitig und umfassend in die Entscheidungsprozesse einfließen können.

Wir setzen uns für Menschen mit Behinderung ein

Menschen mit Behinderung sind gleichberechtigter Teil der Gesellschaft mit dem Recht auf Inklusion und Partizipation. Wir haben den Landtag in einem Entschließungsantrag aufgefordert, bis zum 30.06. 2011 einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes des Landes vorzulegen, mit dem u.a. in der Formulierung zur Zielstellung der Politik des Landes für Menschen mit Behinderung ein direkter Bezug zur UN – Konvention hergestellt wird. Wir haben den Landtag aufgefordert, ein Maßnahmenpaket für Menschen mit Behinderung bis zum 30.06.2011 zu erarbeiten und zu beschließen, das ebenfalls die Zielsetzung der UN-Konvention aufgreift. Folgende Schwerpunkte sind dabei zu berücksichtigen: Interessenvertretung und Bewusstseinsbildung; Barrierefreiheit; Inklusive Bildung; Teilhabe am Arbeitsleben; Inklusiver Sozialraum und Wohnen

Landespolitik in Abhängigkeit von Bund und EU – Brandenburg in Opposition gegen Schwarz-Gelb im Bund

Widerstand gegen die Reform von Hartz-IV

Der konstant niedrige Kinderregelsatz wie auch die um ganze fünf Euro erhöhte Leistung für alleinstehende Erwachsene sind eine Absage an ein menschenwürdiges Leben der Betroffenen.

Auch hier hat Brandenburgs rote-rote Koalition vorausschauend gehandelt: Sie hat mit dem Schüler-BAföG offensiv ein soziales Instrument der Bildungsförderung geschaffen, das SchülerInnen mit finanziell schwächerem Hintergrund neue Chancen eröffnet. Diese und weitere besondere Initiativen zugunsten der Kinder – verbesserte Kitabetreuung, Schülerbeförderung u.a. – sind angesichts zunehmender Armut im Land bitter nötig.

Die Politik der Bundesregierung übertrifft unsere schlimmsten Befürchtungen. Es ist völlig klar, dass die Landesregierung diesen zynischen Trickereien im Bundesrat nicht zustimmen kann.

Schüler-BAföG in Gefahr

Die Chancen, dass Brandenburg das eben eingeführte Schüler-BAföG an Hartz-IV-Familien auch im nächsten Jahr auf der derzeitigen Grundlage auszahlen kann, sind durch das Agieren der Bundesregierung gesunken. Die Regelsätze für Kinder bleiben zwar unverändert, sie sollen aber durch ein spezielles bildungspolitisches Paket mit Sach- und Dienstleistungen, wie etwa einem warmen Mittagessen und Lernfördermaßnahmen, ergänzt werden. Dadurch ist fraglich, ob das Schüler-BAföG weiter anrechnungsfrei bleibt. Die zentrale Frage ist, ob der Landeszuschuss im Gegensatz zu bisherigen Praxis künftig als zusätzliches Einkommen auf die Sozialleistungen angerechnet wird und damit ein Teil der bedürftigen Abiturienten nicht mehr vom Brandenburger Programm profitiert. Derzeit nehmen die Fachleute der Ressorts für Bildung, Arbeit und Kultur die Pläne des Bundes unter die Lupe.

Ob Abiturienten aus Hartz-IV-Familien nach dem Jahreswechsel in Brandenburg weiter Schüler-BAföG beziehen können, wird sich aller Voraussicht nach erst kurz vor Inkrafttreten der neuen Regelsätze entscheiden. Denn bis Dezember befasst sich der Bundestag mit den Plänen der Bundesregierung. Erst danach kann sich die rot-roten Landesregierung in Brandenburg endgültig festlegen, wie es mit dem Schüler-BAföG, im Fall von Hartz-IV-Familien weiter geht.

Länderfront gegen schwarz-gelbe Gesundheitsreform

Die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen werden durch die aktuellen bundespolitischen Entscheidungen wie das Gesetz zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) maßgeblich verschlechtert. Dies betrifft sowohl die ungerechte Lastenverteilung bei der Finanzierung als auch die Auswirkungen auf die Versorgung im

ländlichen Raum. Die Gesundheitsminister der Länder hatten Bundesgesundheitsminister Rösler eingeladen, um über die nötigen Schritte zur Stärkung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länder in der medizinischen Versorgung zu beraten, um auch zukünftig die gesundheitliche Versorgung in den ländlichen Regionen zu sichern. Alle 16 Länder wollen das, nur der Bundesgesundheitsminister will es nicht!

Auseinandersetzungen um die Flugrouten-Planung für den BBI

Mit großer Mehrheit verabschiedete das brandenburgische Parlament im September einen Entschließungsantrag der rot-roten Koalition, in dem unter der Überschrift „Daten auf den Tisch“ eine stärkere Berücksichtigung von Lärmschutzaspekten bei den Flugrouten verlangt wird. Zudem wurde die Landeregierung aufgefordert, so schnell wie möglich eine Lärmkartierung gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie für den Großflughafen Schönefeld durchzuführen. Eine derartige Kartierung ermöglicht den Gemeinden, besondere Problembereiche im Lärmschutz zu erkennen und in ihren Lärmaktionsplänen zu berücksichtigen. Die nach der Beschlussfassung aufgekommene Diskussion um die Flugrouten bestätigt die Bedeutung solcher Lärmkartierungen.

Umweltministerin Anita Tack (DIE LINKE) kritisierte darauf hin die Deutsche Flugsicherung. Die vom Landtag geforderte Lärmkarte für den BBI könne ihr Ministerium derzeit nicht erstellen, weil die Flugsicherung die nötigen Daten nicht rechtzeitig liefere. Tack appellierte an die Bundesregierung. Sie müsse ihrer Verantwortung nachkommen und das Verfahren zur Festlegung der Routen beschleunigen.

Brandenburg verlangt zugleich von der Deutschen Flugsicherung (DFS) die Vorlage „alternativer Planungen“ und weitergehender Informationen. Dabei soll auch die Darstellung der jeweiligen Flugkorridore, Zahl der Flüge pro Flugzeugmuster, Höhe und Lärmbelastung einbezogen worden sein, und zwar von allen Gemeinden/Städten, die in einer Höhe von bis zu 3000 Meter überflogen werden.

Die Landesregierung setzt auf Deeskalation und nimmt die Verantwortung für Information, Transparenz und Dialog engagiert wahr, um Lösungen zu fördern, die so wenig wie möglich an Lärmbelastung für Anwohnerinnen und Anwohner mit sich bringen soll.

Das Verkehrsministerium hat rund 30 Bürgerinitiativen der Region zu einem Gespräch eingeladen. Die Fluglärmgegner sollen „aus erster Hand“ über die jüngsten Entwicklungen und Hintergründe unterrichtet werden.

Gegen Laufzeitverlängerung von AKW

Im Mai 2010 forderte der Landtag auf Antrag der Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, am Atomausstieg festzuhalten, einen Einlagerungsstopp für Brennelemente in Gorleben auszusprechen und eine bundesweite, ergebnisoffene Suche nach einem Atommüll-Endlager aufzunehmen. Grund für diesen Antrag war unter anderem auch die Sorge, dass die Verlängerung der Atomkraftwerk-Laufzeiten den Ausbau erneuerbarer Energien er-

schweren könnte. Außerdem wurde die Ablehnung des Baus eines neuen Atomkraftwerkes in Polen bekräftigt.

In den Bundesrat brachte Brandenburg gemeinsam mit den Bundesländern Berlin, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen einen Entschließungsantrag zum Energiekonzept der Bundesregierung ein. Im Kern kritisierten die Bundesländer das von der Bundesregierung vorgesehene verkürzte Verfahren zur Umsetzung des Energiekonzepts. Sie lehnen jede Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken über die im Atomgesetz festgelegten Reststrommengen ab und sind der Auffassung, dass eine Laufzeitverlängerung durch eine Novellierung des Atomgesetzes der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Gesamtkonzept für Kyritz-Ruppiner Heide gefordert

Nach dem Antrag der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag für ein Sofortprogramm plädiert nun Brandenburgs Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur künftigen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Dafür sollte der „Sachverstand der gesamten Region und der Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg“ genutzt werden, sagte Christoffers nach Angaben seines Ministeriums am Montag in Neuruppin zur Eröffnung des Konversions-sommers 2010. Dem Bund als Eigentümer des früheren „Bombodroms“ empfahl er die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Kyritz-Ruppiner Heide „als regionalen Ansprechpartner mit politischer Stoßkraft“.

Ende April hatte das Verteidigungsministerium den Verzicht auf eine militärische Nutzung des 12 000 Hektar großen Geländes verkündet. Bislang untersteht das Areal aber noch der Bundeswehr. In der vergangenen Woche hatten die Bundestagsfraktionen von SPD, Grünen und DIE LINKE jeweils eigene Anträge im Parlament eingebracht. Zuvor war der Versuch von Kirsten Tackmann, einen mit den Bürgerinitiativen abgestimmten, gemeinsamen Antrag in den Bundestag einzubringen, an der destruktiven Haltung von sozialdemokratischen und grünen Abgeordneten gescheitert.

Außerdem fordert ein gemeinsamer Antrag aller Parlamentsfraktionen zur Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide, ein tragfähiges Gesamtkonzept für die Nachnutzung zu entwickeln.

Kritik an der Neuregelung der Sicherungsverwahrung

Als „verfassungs- und menschenrechtlich nicht haltbar“, hat Brandenburgs Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE) die von der Bundesregierung beschlossene Neuregelung der Sicherungsverwahrung kritisiert. Mit dem geplanten „Gesetz zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter“ werde versucht, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zu umgehen, so Schöneburg. Das Gesetz soll Anfang kommenden Jahres in Kraft treten.

Doppel-Rot-Rot für mehr Patientenrechte

Mit einer gemeinsamen Gesetzesinitiative im Bundesrat wollen Berlin und Brandenburg Rechte von Patienten stärken. Es geht um bessere Information, aber auch um die Be-

teilung in Gremien. Dazu sollten die Rechte von Patienten erweitert und festgeschrieben werden. „Wir wollen mit unseren Vorschlägen mehr Transparenz und Rechtssicherheit für die Patienten erreichen“, sagte die Berliner Gesundheitssenatorin Katrin Lompscher. Die Patienten sollten ihre Rechte besser wahrnehmen können. Damit werden langjährige Forderungen der Patientenverbände aufgegriffen.

Bundesratsinitiative zur Sicherung bezahlbarer Mieten

Das Land Berlin hat eine Bundesratsinitiative zur Sicherung bezahlbarer Mieten sowie zur Begrenzung von Energieverbrauch und Energiekosten gestartet. Mit der Bundesratsinitiative reagiert rot-rot in Berlin auf das Sparpaket und das Energiekonzept von Schwarz-Gelb. Für die Brandenburger LINKE signalisierte der stadtentwicklungs-, bau- und wohnungspolitische Sprecher der Landtagsfraktion Axel Henschke Unterstützung. Er erklärte: „Die praktischen Vorschläge für eine rechtlich verbindliche Verknüpfung von sozialem, energieeffizientem und nachhaltigem Klimaschutz sind dringend erforderlich. Den Plänen der Bundesregierung muss Paroli geboten werden, denn die geplanten Lasten dürfen nicht nur einseitig auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt werden.“

Rot-Rot lehnt Gesundheitsreform ab

SPD- und Linksfraktion hatten eine Aktuelle Stunde beantragt, in der die Ablehnung der Gesundheitsreform deutlich wurde. „Es handelt sich um eine politische Fehlleistung und ein bürokratisches Monster in der Umsetzung“, sagte Gesundheitsministerin Anita Tack (DIE LINKE). Sie warnte davor, dass Kommunen künftig ungedeckt Zusatzbeiträge für die Menschen übernehmen müssen, die das nicht selbst können. Die Abgeordnete Birgit Wöllert (DIE LINKE) warnte: „Menschen mit niedrigem sozialen Status werden weniger gesundheitliche Betreuung erwarten.“

Mit einem gemeinsamen Antrag mit sieben SPD-mitregierten Ländern wollte Brandenburg außerdem die von der Bundesregierung geplante Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung ablehnen. In dem Antrag forderten sie unter anderem eine gleichmäßige Finanzierung der Gesundheitskosten durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer und lehnen „unsozialen Kopfpauschalen“ ab. Anita Tack sagte, eine solidarisch finanzierte Krankenversicherung müsse gefestigt und gestärkt werden. Der vorliegende Gesetzentwurf verschärfe das soziale Ungleichgewicht und befördere die Spaltung der Gesellschaft. Der Bundesrat lehnte den Antrag jedoch ab.

Privatisierung von Seen stoppen und öffentliche Zugänglichkeit sichern

Brandenburg ist der Bundesratsinitiative Mecklenburg-Vorpommerns beigetreten, die auf die unentgeltliche Übertragung von BVVG-Gewässern an ostdeutsche Länder und Kommunen zielt. Der Landtag hat sich mit der Koalitionsmehrheit dahinter gestellt und gefordert, dass das Moratorium zur Aussetzung der weiteren Privatisierung von BVVG-Wasserflächen in Brandenburg über den 31.12.2009 hinaus verlängert und für die Allgemeinheit die dauerhafte öffentliche Zugänglichkeit zu Brandenburger Gewässern gesetzlich gesichert wird.

Für Brandenburg als seenreichstes Bundesland mit mehr als 3.000 Seen haben die Gewässerflächen aufgrund der hohen touristischen Nutzung eine große Bedeutung. Negative Erfahrungen mit der Privatisierung von Seen gibt es z.B. mit dem Wandlitzsee im Landkreis Barnim, wo die Kommune für das öffentliche Freibad jetzt Nutzungsentgelte an den Eigentümer abführen muss.

Mitverantwortung des Bundes für Hochwasserschutz

Brandenburg fordert ein stärkeres Engagement des Bundes beim Hochwasserschutz. Umweltministerin Tack (DIE LINKE) bekräftigte in diesem Zusammenhang ihre Forderung nach einer Nationalen Hochwasserkonferenz.

Stadtumbau Ost

Die Koalition hat sich dazu bekannt, den Stadtumbau Ost auf hohem Niveau und mit neuen Akzenten fortzusetzen. Das schließt aber auch den Kampf um Erhalt der Bundesmittel ein.

Christoffers ringt um EU-Zugeständnisse bei Förderung ab 2014

Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) hat in Gesprächen mit der Generaldirektion Regionalpolitik bei der Europäischen Union positive Signale für Übergangsregelungen der künftigen EU-Förderung ab 2014 erhalten. Für Brandenburg ist das wichtig, weil dem Land in drei Jahren die höchste Förderquote aberkannt wird.

In Brüssel hat Christoffers nach eigenen Aussagen auch darauf gedrängt, dass Brandenburg in der neuen EU-Periode als einheitliches Fördergebiet ausgewiesen wird - bislang erhält der Südwesten des Landes durch die Teilung in zwei Förderregionen weniger Geld als der Nordosten.

Biosphärenreservat Schorfheide soll zum Teil Weltnaturerbe werden

Die Landesregierung hat gleich zu Jahresbeginn für den Grumsiner Buchenwald im Biosphärenreservat Schorfheide Chorin den Status „Weltnaturerbe“ beantragt. Mittlerweile hat eine Expertenkommission das Gebiet bereist. Die Aufnahme des „Grumsin“ in die UNESCO-Welterbeliste wäre als ein touristisches Alleinstellungsmerkmal mit einem enormen Prestigeerwerb sowohl für das Land als auch für die Region verbunden.

Fachministerkonferenzen

Brandenburg hatte bzw. hat den Vorsitz in verschiedenen Fachministerkonferenzen der Bundesländer inne – so bei den Wirtschafts- und den Verbraucherschutzministern.

In der Verbraucherschutzministerkonferenz der Länder haben wir wichtige Beschlüsse auf den Weg gebracht, beispielsweise für mehr Transparenz in der Lebensmittelüberwachung, für eine Weiterfinanzierung der unabhängigen Patientenberatung.

In der Wirtschaftsministerkonferenz waren wir wesentlich beteiligt an den Veränderungen, die zugunsten der Solarförderung doch noch in die Vorhaben der Bundesregierung eingebaut werden konnten.

Impressum

Herausgeberin:

Fraktion DIE LINKE. Im Landtag Brandenburg

Am Havelblick 6, 14473 Potsdam

Layout & Satz: Sven Rosig, Jörg Baier

Redaktionsschluss: 17. November 2010

V. i. S. d. P.: Christian Görke (MdL)